

S A T Z U N G

Über den Bebauungsplanes "Ortsmitte" in Karlsbad-Ittersbach nach § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I., S. 2253), § 73 der Landesbauordnung für Baden-Württemberg in der derzeit gültigen Fassung in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der derzeit gültigen Fassung hat der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad am 12. Sept. 1990 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan "Ortsmitte" in Karlsbad-Ittersbach als Satzung beschlossen.

§ 1

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes wird als Art der Nutzung Mischgebiet entsprechend § 6 der Baunutzungsverordnung festgesetzt. Einschränkend zu den im Mischgebiet zulässigen Nutzungsarten sind die unter § 2 Ziffer 8 zulässigen Vergnügungsstätten im Geltungsbereich des Bebauungsplanes nicht zulässig.

§ 2

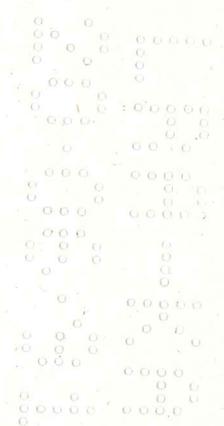
Der Bebauungsplan tritt mit der ortsüblichen Bekanntmachung nach § 12 Baugesetzbuch in Kraft.

Karlsbad, 12. September 1990



(Seeger)

Bürgermeister





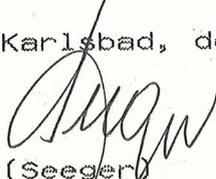
- Übereinstimmungsvermerk -

Ausfertigung:

Der vorliegende Bebauungsplan ist der authentische Plan, der dem Bebauungsplanverfahren zugrunde lag und vom Gemeinderat am 12.09.1990 als Satzung beschlossen wurde. Die Rechtmäßigkeit des Verfahrens wurde vom 20.06.1991 bestätigt.

Karlsbad, den 27.06.1991




(Seeger)
Bürgermeister



BEBAUUNGSPLAN "ORTSMITTE"

BEBAUUNGSPLAN "ORTSMITTE"
KARLSBAD ITTERSBBACH

MI MISCHGEBIET, VERGNÜGUNGSTÄTTEN
UNZULÄSSIG
GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGS-
BEREICHES

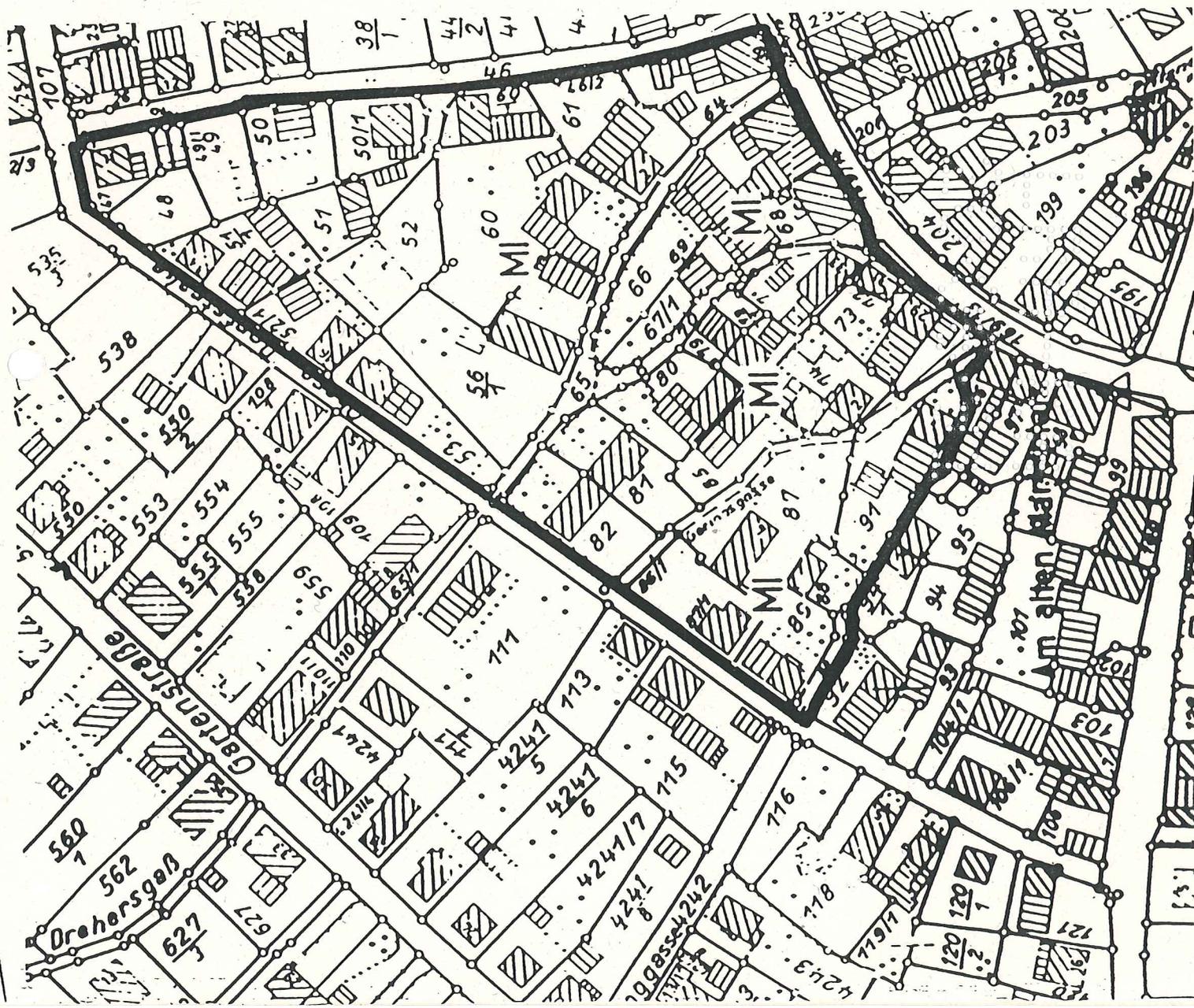
Karlsbad, 12. September 1990



M.: 1:1500

(Seeger)

Bürgermeister



Begründung zum Bebauungsplan "Ortsmitte" in Karlsbad-Ittersbach

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes soll verhindert werden, daß sich in der Dorfmitte Ittersbach weitere Vergnügungsbetriebe ansiedeln und somit die dörfliche Struktur verändert wird. Auf weitergehende Festsetzungen soll bewußt verzichtet werden, um in die bisherige Entwicklung möglichst wenig einzugreifen. Weitergehende Festsetzungen sind nicht erforderlich, da hier der § 34 Baugesetzbuch ausreichende Regelungen trifft.